

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gesetzlich
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 286

Montag, den 7. Dezember 1931

Jahrgang 104

Vor Erlaß der neuen Notverordnung

Die Arbeiten im Reichskabinett beendet — Die letzte Reserve ist eingesetzt
Einsparung von 2,5 Milliarden durch die seitherige Notverordnungs politik

U. Berlin, 7. Dez. Das Kabinett beendete am Samstag seine Beratungen über das neue Notverordnungsprogramm. Seitern dürften die letzten redaktionellen Arbeiten an der Notverordnung abgeschlossen worden sein. Die Unterzeichnung der Notverordnung wird wahrscheinlich heute und ihre Veröffentlichung am Dienstag erfolgen. Der genaue Zeitpunkt der Veröffentlichung steht jedoch noch nicht fest.

Der „Berliner Börsenkurier“ veröffentlicht eine Uebersicht, aus der sich ergibt, daß die seit dem 26. Juli 1931 erlassenen 5 großen Notverordnungen insgesamt im Reich, in Ländern und Gemeinden Ersparnisse gebracht haben, die auf den Jahreswert von 2,5 Milliarden RM zu schätzen sind.

In der Kundgebung der Reichsregierung, mit der der Reichskanzler die Notverordnung der Öffentlichkeit unterbreiten wird, wird ausdrücklich gesagt sein, daß diese Notmaßnahme jetzt dekretiert wird, da die letzten Reserven der deutschen Wirtschaft und der deutschen Volkswirtschaft erschöpft sind. Diese Feststellung ist vor allem an die Adresse des Auslandes gerichtet. Sie wird zweifellos bei den internationalen Verhandlungen, die jetzt in Basel beginnen, eine Rolle spielen und ebenso auf der großen Regierungskonferenz im Januar.

Bayern fordert Vollstreckungsschutz für Grundstücke

Wie die Bayerische Amtliche Pressestelle meldet, hat die bayerische Staatsregierung beschlossen, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten, entweder in der bevorstehenden Notverordnung selber oder gleichzeitig mit ihr durch eine besondere Notverordnung einen Vollstreckungsschutz für Grundstücke sowohl des landwirtschaftlichen wie des städtischen Grundbesitzes verfügen zu wollen. Die Staatsregierung weist dabei auf die besondere Notlage in Bayern hin, die zu beschleunigten Maßnahmen zwingt. Weiter hat der Ministerrat in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf eines Abgesetzes verabschiedet, das dem Landtag zugehen wird.

Die Industrie für Rückkehr zu den Vorkriegspositionen

Der Reichsverband der Deutschen Industrie tritt anlässlich der von der Reichsregierung angeregten Preislenkungsaktion für eine Ermäßigung der Postgebühren ein. Er halte es für richtig, grundsätzlich zu den Tarifen der Vorkriegszeit zurückzuführen. U. a. gehöre dazu die Wiedereinführung des Zehnpfennigportos für die gewöhnlichen Briefe. Eine erhebliche Ermäßigung des Drucksachenportos und eine Ermäßigung der Telephongebühren. Abgesehen von der zweifellos sehr weitgehenden psychologischen Wirkung diene die Herabsetzung des Portos zu einer Belebung des Verkehrs.

Der ständige Tarifsausschuss der Reichsbahn ist in Berlin zusammengetreten, um entsprechend den Empfehlungen des Wirtschaftskomitees über die Senkung der Reichsbahngebührentarife zu beraten. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn soll schon am Sonntag zu den neuen Beschlüssen Stellung nehmen.

Die Londoner Verhandlungen der NSDAP.

U. London, 7. Dez. Während Adolf Hitler der englischen und amerikanischen Presse in Berlin eine Unterredung über die Ziele der NSDAP gewährte, empfing der Abgeordnete Rosenberg, der Hauptstabschef der NSDAP, mehrere Vertreter der Morning-Post sagte er, die Nationalsozialisten würden mit dem Völkerverbund solange zusammenarbeiten, als er bereit sei, seine eigenen Grundsätze in die Tat umzusetzen. Dabei würden sie besonders auf den Artikel 8 des Völkerverbundsstatuts hinweisen, der die Gleichberechtigung der Nationen vorsehe, die man Deutschland seit dem Kriege abgesprochen habe. Wenn Frankreich Mindestforderungen für seine Sicherheit verlange, so täten dies die Nationalsozialisten für Deutschland. Sie könnten nicht anerkennen, daß Frankreich eine dauernde Vorherrschaft in Europa ausübe. Es sei Zeit, daß Deutschland auf seinen Rechten bestünde. Dem Vertreter der Daily Mail gegenüber betonte Rosenberg, daß Deutschland ehrlich seine wirtschaftlichen Schulden bezahlen wolle. Die Nationalsozialisten müßten aber gleichzeitig erklären, daß ein politisches und wirtschaftliches Ungleichgewicht nicht vermieden werden könne, wenn nicht alle Reparationen gestrichen würden.

Sunday Review gibt den Zweck des Besuches Rosenbergs dahin wieder, daß er sich die Zustimmung der englischen Konservativen zu einer Hitler-Brüning-Koalition habe sichern wollen, wogegen diese Koalition oder eine Hitler-Regierung die Priorität der englischen kurzfristigen Kredite

Was bringen die Ausführungsbestimmungen zur Dsthilfe?

Die Korrespondenz „Dsthilfe“ weiß bereits einiges über die Ausführungsbestimmungen zu der neuen Dsthilfenotverordnung zu berichten, die höchstwahrscheinlich heute ergehen werden. Nach den bisherigen Vorarbeiten hierfür stand danach im Mittelpunkt der Grundsatze, daß ein Sicherungsverfahren nur dann vor sich gehen kann, wenn es sich ausgesprochen um die Sicherstellung der nächsten Ernte in einem von sich aus lebensfähigen Betrieb handelt. Unter allen Umständen soll zunächst eine gütliche Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner angestrebt werden, ehe zum Zwangsverfahren geschritten wird, wobei man hofft, daß die Beteiligten in weitestem Maße von der Möglichkeit freiwilliger Vereinbarungen Gebrauch machen würden. Im Interesse der Gläubiger sollen ferner bei den zuständigen Stellen Gläubigervertretungen eingerichtet werden, in die die Banken, Industrie- und Handelskammern, die Genossenschaften usw. ihre Beauftragten entsenden. Die Gläubigervertretungen sollen jedoch lediglich beratende Funktion ausüben und keineswegs als Kreditanschlüsse auftreten. Die Kreditierung bleibt ausdrücklich der zuständigen Bank (der lokalen Vertretung der Bank für Industrieobligationen) vorbehalten und unterliegt dem Bankgeheimnis. Auswahl und Aufgabenkreis der Treuhänder sollen in den Ausführungsbestimmungen besonders sorgfältig behandelt werden. Die Treuhänder sollen nach Möglichkeit den landwirtschaftlichen Berufsvertretungskörperschaften entnommen werden oder allgemein angesehene Landwirte sein.

Von der Verantwortung des Staatsbürgers

Reichsminister Dr. Brüning sprach am Sonntag über alle deutschen Kundfunksender über das Thema: „Von der Verantwortung des Staatsbürgers“. Er führte u. a. aus: Pflicht der Regierung ist zu handeln und sie wird handeln, um das notwendige Rettungswerk fortzuführen. Sie wird die Flinte nicht ins Korn werfen, vielmehr alle Kraft aufbieten, um das deutsche Volk aus dem Engpaß herauszuführen. Die Regierung kann aber nicht durchgreifend helfen ohne die Unterstützung der Staatsbürger. Neue Notverordnungen werden dieser Tage erscheinen, die den Fortgang des Staats- und Wirtschaftslebens sicher stellen. Die neuen Maßnahmen scheuen nicht die öffentliche Kritik. Die Regierung hat aber auch ein Recht darauf, daß ihre verantwortungsbewussten Maßnahmen von den Staatsbürgern in gleichem Verantwortungsbewußtsein aufgenommen werden. Verantwortungsbewußtsein ist die rechte Lösung für Regierung und Staatsbürger. Es handelt sich um das politische Gesamtwohl, das sehr leiden muß, wenn die Verrohung der politischen Sitten zur Verunglimpfung derjenigen führt, die aus heisser Vaterlandsliebe bemüht sind, in hohem sittlichen Wert das Staatsbürgertum zu erhalten. Möge staatsbürgerliche Gesinnung wieder zum Allgemeinut des deutschen Volkes werden. In diesem Zeichen allein wird Deutschland die Not der Gegenwart überwinden.

und Anleihen anerkennen würde. Reynolds News erläutert die Mission des Herrn Rosenberg dahin, daß er den englischen Bankiers im Einzelnen die Pläne Hitlers zur Sicherungstellung der privaten Schuldverpflichtungen erläutert und deren Zustimmung erhalten wollte.

Englands Haltung gegenüber einer etwaigen nationalsozialistischen Regierung

Zu der Frage, wie eine Übernahme der Regierung Deutschlands durch die Rechtsparteien oder deren Eintritt in die Regierung in England aufgenommen würde, wird von Stellen, die der Regierung nahe stehen, die Ansicht geäußert, daß dies natürlich in erster Linie eine innere Angelegenheit Deutschlands sei. England werde einen Regierungswechsel wie auch schon früher als eine Tatsache hinnehmen, wobei man sich der Hoffnung hingabe, daß eine neue Regierung ihre Politik den wirklichen Interessen Deutschlands anpassen werde, wofür man englischerseits volles Verständnis haben würde, da die deutschen Interessen den englischen nicht zuwiderlaufen. Es sei jedoch zwecklos, Hoffnungen auf angebliche Gegensätze zwischen England und Frankreich zu hegen, da England an der Politik der Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland im Rahmen der Völkerverbundsverpflichtungen festhalten werde.

Französische Befürchtungen

Die Erklärungen Hitlers vor der englischen und amerikanischen Presse und die anderer nationalsozialistischer Abgeordneter bilden immer noch das Hauptthema der französischen Presse. Der Excelsior fragt besorgt, ob es überhaupt einen Zweck habe, noch mit der Regierung Brüning zu verhandeln, wenn die Abkommen in einigen Wochen oder

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett hat seine Arbeiten zur neuen Notverordnung abgeschlossen. Die Verordnung dürfte heute oder morgen erlassen werden.

Durch die seitherigen fünf Notverordnungen sind insgesamt Einsparungen im Jahreswerte von 2,5 Milliarden RM. im Reich, Ländern und Gemeinden verfügt worden.

Nach Württemberg hat auch Bayern bei der Reichsregierung Vollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Grundstücke beantragt.

Da die Höchstmenge für die Einfuhr von lebendem Vieh nach Frankreich in diesem Jahre erschöpft ist, ist die französische Grenze künftighin für die Einfuhr aller lebenden Tiere, Schafe ausgenommen, gesperrt.

England hat die Franzosen wissen lassen, daß es zur Zeit keinen Sinn habe, über einen neuen Handelsvertrag zu verhandeln.

Die Schweiz hat durch Volksabstimmung die Einführung einer allgemeinen und gleichen Alters- und Hinterbliebenenversicherung mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

Monaten von einer nationalsozialistischen Regierung doch nicht anerkannt würden. „Peuple“ hebt hervor, daß das Kabinett Brüning morgen gestürzt sein könnte, wenn Hitler es wollte. Vor dem Frühjahr werde der Führer der Nationalsozialisten zweifellos nicht Reichskanzler werden, doch müße er die Zeit bis dahin aus, um im Auslande für seine Gedanken zu werben, gegen Frankreich zu intrigieren und Frankreich einzukreisen. Praktisch gesehen sei das die von Deutschland vor dem Kriege so scharf beförderte Einkreisungspolitik, doch richte sich diese Politik diesmal gegen Frankreich.

Der englische Schatzkanzler zur Tributfrage

Nur befriedigende Lösung der Tributfrage kann helfen
U. London, 7. Dez. Auf dem Jahresessen der Handelskammer von Newport sprach der Schatzkanzler über die Zollpolitik der englischen Regierung. Er führte u. a. aus: Zur Beseitigung der Unsicherheit und Nervosität, die gegenwärtig in der Welt herrschen, werde eine befriedigende Lösung der Tributfrage mehr beitragen, als jede andere Maßnahme. Allein durch eine solche Lösung könnte das Vertrauen in die finanzielle Festigkeit Deutschlands und in seine Fähigkeit, seine wirtschaftliche Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, wieder hergestellt werden. Er hoffe, daß auf der internationalen Konferenz, die diese Fragen voranschichtlich anfangs des neuen Jahres erörtern werde, eine solche Regelung gefunden werden würde.

Der Sonderausschuß der V.3.3. tritt zusammen

U. Basel, 7. Dez. Die erste Fühlungnahme zwischen den zu den Sonderausschußverhandlungen der V.3.3. nach Basel gekommenen Sachverständigen hat im Laufe des Sonntag vormittag begonnen und wurde in zwanglosen Gesprächen am Nachmittag fortgesetzt. Die Frage der Hinzunahme der vier besonderen Vertreter in den Sonderausschuß, die ursprünglich vorher geregelt werden sollte, ist noch nicht endgültig entschieden. Sie wurde vielmehr auf die offizielle Sitzung verschoben. Allem Anschein nach wird man wohl mit einer langen Verhandlungsdauer rechnen müssen, die unter Umständen noch über das Weihnachtsfest hinausgehen wird.

Höllensmaschine im Postamt

Auffschreuerregender Anschlag in Anna

U. Anna, 7. Dez. Ein auffschreuerregender Anschlag wurde am Samstagabend auf dem Postamt Anna verübt. Um 17.45 Uhr explodierte im Schalterraum ein Paket. Durch die gewaltige Stichflamme wurde ein junges Mädchen, das in der Nähe stand, erheblich verletzt. Die Explosion verursachte eine ungeheure Rauchentwicklung. Die Schalterbeamten bewahrten aber Ruhe und blieben auf ihren Plätzen. Dagegen stieß das Publikum durch Fenster und Türen aus dem Raum. Es entstand ein Brand, der aber sofort von einem Postbeamten gelöscht werden konnte. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen mit einem Mechanismus ausgestatteten Pappkarton handelte, der von einem Unbekannten im Vorraum niedergelegt worden war. Durch die Vorrichtung wurde ein mit Schwarzpulver gefüllter Fahrradschlauch zur Explosion gebracht. Zweifellos war ein Anschlag auf die Geldkassette geplant. Die Explosion erfolgte aber offenbar zu früh, so daß der Raub unterblieb.

einste

inder-
durch

ie es

eit



Carlsruhe

der Hitler?

mmheim

eindepolitik

nd Erwiderung

N. S. D. A. P.

umweis die Hälfte

Calw.

Borricht!

Debt dem, der

führter Weise

Stimmen.

portler!

ereffen auf dem

inen vertreten?

Wahlurne und

für unsere gute

portler.

kel

würdigkeit bei

on 171

Sachlichkeit

Von Univ.-Professor Dr. August Meiser-Gießen.

Heute steht das Streben nach Objektivität, nach Sachlichkeit nicht hoch im Kurs; man sieht darin vielfach so etwas wie Unentschiedenheit, Schwäche, ja Feigheit. Dagegen schätzt man forsches Draufgängertum, Ungehemmtheit des subjektiven Erlebens und Sichtslebens.

Und doch ist die Idee der Sachlichkeit ein ganz unentbehrlicher Leitgedanke in echtem Geistesleben. Wahrheit bedeutet Sachlichkeit, Sachgetreueheit im Denken und Erkennen; „sittliche Güte“ bedeutet Sachlichkeit im Wollen und Handeln. Der tiefste Sinn von Kants berühmtem „kategorischen Imperativ“ ist: wolle und handle nicht nach subjektivem Belieben, nach Laune und Willkür, sondern aus sachlicher Würdigung der ganzen Lage heraus! Also kurz gesagt: handle objektiv, sachlich!

Menschen aber, die keine Schätzung mehr haben für Wahrheit und sittliche Güte, denen es nur um die Erreichung ihrer persönlichen Ziele „um jeden Preis“ ankommt, denen „jedes Mittel“ recht ist, um zu Macht und Besitz zu gelangen, denen der „Erfolg“ allein Wertmaßstab ihres Tuns ist — sie sinken ins Untermenschliche herab; sie sind, mögen sie noch soviel Klugheit, Wissen und technisches Können ihr Eigen nennen, mögen sie noch so geschickte Spekulanten, suggestive Führer, fortreibende Redner sein — sie sind „Barbaren“!

Heute ist in der Tat unser deutsches Geistesleben schwer bedroht vom Untermenschentum, vom Barbarentum. Darum ist es in der Gegenwart eine besonders dringliche nationale Aufgabe der Jugend- und Volkserziehung, Sachlichkeit in Theorie und Praxis zu vertreten; und jeder hat die persönliche, sittliche, vaterländische Pflicht, sich selbst zu größerer Sachlichkeit zu erziehen!

Nirgends tut uns aber Sachlichkeit mehr not als im politischen Leben. Nur sie kann uns herausretten aus einer Leidenschaftlichkeit und Gehässigkeit des Parteienkampfes, der nachgerade für unser Volk lebensbedrohende Formen annimmt. Nur auf Grund von sachlicher Würdigung der verschiedenen Richtungen und auf Grund der Versachlichung und damit der Vereinfachung ihres Kampfes können wir „Volksgemeinschaft“ anstreben. Denn diese kann nie erungen werden durch gewaltsame Uniformierung der Meinungen und Meinungen von oben her. Volksgemeinschaft ist freilich Einheit, aber sie soll sein „Einheit der Mannigfaltigkeit“ (um ein Wort Kants zu gebrauchen). Die „Mannigfaltigkeit“ jedoch wird im politischen Kampfe am wichtigsten vertreten von den Parteien. Die „Einheit“ kann also nur verwirklicht werden durch eine „sachlichere“ Gestaltung des Parteikampfes, so daß dieser nicht durch persönliche Gehässigkeiten unüberwindliche Klüfte im Volke aufreißt. Sachliche Auseinandersetzung — und sei sie noch so unerbittlich — gibt doch immer auch das Gefühl gemeinsamen geistigen „Niveaus“ und damit einer gewissen inneren Verbundenheit. Zu solch sachlichem Denken und Diskutieren zu erziehen, ist darum eine der bedeutendsten Aufgaben staatsbürgerlicher Bildung. Staatsbürgerliche Bildung aber heißt politische Bildung.

Der heutige Zustand unseres innerpolitischen Lebens — das schon geradezu einem Kriegszustand ähnelt — muß jeden nüchtern und kritisch Denkenden zu dem Schluß zwingen: Wenn beratt das Ergebnis unserer politischen Bildung ist, so hat sie bis jetzt überhaupt noch nichts Nennenswertes geleistet.

Trotzdem wird vielfach den Bemühungen, ihre Aufgaben und ihre Bedeutung klarzustellen und ihre Methode zu fördern, der Satz entgegengestellt: „Politik gehört nicht in die Schule!“ Aber wenn die Schule für das Leben erziehen soll, so gehört „Politik“, nämlich Erziehung zur Politik, weit mehr als bisher in die Schule, da in einer Republik jeder berufen ist, sich politisch zu betätigen und sich für innere und äußere Politik mitverantwortlich zu fühlen. „Sachlichkeit“ muß freilich die Seele aller politischen Unterweisung sein. Also der Satz: „Politik gehört nicht in die Schule“ hat nur

dann Berechtigung, wenn darunter die Forderung verstanden wird, daß parteipolitische Einseitigkeit und Beeinflussung ausgeschlossen sein soll.

Die Forderung besserer politischer Bildung im Geiste der Sachlichkeit erstreckt sich bis hinauf an die Hochschulen. Sollen sie — was durch ihre Idee wie ihre Geschichte gefordert ist — Stätten wissenschaftlichen und philosophischen Geistes sein, so muß das Streben nach Wahrheit und damit nach Sachlichkeit, nach möglichst objektiver Betrachtungs- und Handlungsweise allenthalben in ihnen herrschen, nicht parteimäßiges Aufsteigen zu Haß und leidenschaftlichem Kampf. Politische Agitation ist nicht staatsbürgerliche Erziehung! Und sollen unsere Hochschulen von dem ganzen Volke — das ja auch die so erheblichen Kosten dafür aufbringt — geschätzt werden als nationale Kulturstätten, so dürfen die Studentenschaften als solche sich nicht schon parteipolitisch festlegen und durch öffentliche Aktionen sich an den Kämpfen um die Probleme der äußeren und inneren Politik beteiligen. Dem einzelnen bleibt es unbenommen, wie er sich politisch betätigen will, aber die Studentenschaften und die Studentenschaften sollten nicht schon praktische Politik treiben wollen (da diese doch — geradezu unvermeidlich — ins parteipolitische Fahrwasser gerät), sondern sie sollten lediglich staatsbürgerliche Orientierung und Selbsterziehung der Studierenden zu fördern suchen, wozu auch z. B. gehören würde, daß sie in vornehmer Neutralität Vertretern der verschiedenen politischen Parteien und politik-wirtschaftlichen Reformbestrebungen Gelegenheit gäben, ihre Anschauungen in sachlicher Weise darzulegen.

Vieles scheint in der Gegenwart auf ein mächtiges Erstarren nationalen und sozialen Sinnes in unserem Volke hinzudeuten. Für unsere gesamte Erziehung kann wertvolle Befruchtung von daher kommen, wenn es gelingt, in dieser gewaltigen Bewegung den Geist der Liebe zu unserem Volk und der Bereitschaft zu positiver Aufbaubarbeit zur Herrschaft zu bringen gegenüber den Dämonen des Hasses, des Neides und der Zerstörungssucht, die vielfach fessellos in der Gegenwart toben.

Angeht dieses beklagenswerten, unheilvollen Zustandes müßte viel mehr als bisher die Ueberzeugung sich durchsetzen und wirksam werden, daß es sich hier um eine gemeinsame nationale Aufgabe handelt, an der die besonnenen und wirklich vaterlandsliebenden Vertreter aller Parteien sich beteiligen sollten. Insbesondere sollten die Erzieher und Lehrer an allen Schulen und sonstigen Bildungsanstalten sich mitverantwortlich fühlen für die traurige Tatsache, daß es unserem Volke und besonders unserer Jugend noch völlig an politischer Kultur fehlt. Es bekundet sich das darin, daß politischer Einfluß nur erreichbar erscheint vermittelt durch demagogischer Methoden brutaler und verlogener Art und daß der politische Kampf vielfach nicht mit geistigen Waffen und sachlichen Argumenten, sondern mit Stinkbomben, Schlagringen, Revolvern geführt wird.

Es hemmt das nicht nur aufs schwerste positive politische Arbeit, sondern es hat bereits dazu geführt, daß unser Volk dauernd von der Gefahr der Selbstzerfleischung in einem Bürgerkrieg bedroht ist und daß unser Ansehen und unsere Vertrauenswürdigkeit bei den anderen Nationen schwer leidet.

Gerade wer stolz darauf ist, ein Deutscher zu sein, und auf nationale Ehre hält, wer auch wünscht, daß unsere Millionen Volksgenossen im Ausland eine gesicherte und geachtete Stellung einnehmen, der muß sich verpflichten, sich nach Kräften daran mitzuarbeiten, daß unser innenpolitisches Leben auf eine Stufe gebracht wird, die eines Kulturvolkes würdig ist. Das ist aber ohne „Versachlichung“ unmöglich! Die Sachlichkeit aber, die wir fordern, ist nicht die vielgenannte „neue“ Sachlichkeit; sie ist vielmehr etwas, was wesensnotwendig für geistig-sittliches Leben gilt. Sie ist nicht „neu“, sie ist nicht „alt“; sie ist die Sachlichkeit, eine überzeitliche, darum aber für alle Zeit geltende Wertidee!

Wichtige Ausschlußbeschlüsse

Ordnungsmäßige Finanzverwaltung gefordert — Keine

Änderung des Fleischbeschaugesetzes vor 1. April 1933

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einem Bericht über die Einstellung von Dienstansängern in der Reichsfinanzverwaltung, deren Bewilligung des Reichsfinanzministerium unter Berücksichtigung der wachsenden Ueberlastung der Finanzämter beantragt hatte. In der Aussprache wurde von mehreren Seiten hervorgehoben, daß der Apparat der Steuer- und Zollverwaltung arbeitsfähig erhalten werden müsse. Die Galopparbeit, die heute in vielen Finanzämtern zu beobachten sei, sei unerträglich und komme nur den Steuerträgern zugute. Der reelle Steuerzahler müsse verlangen, daß die Veranlagung mit der nötigen Sorgfalt bearbeitet werde. Wenn die amnestiebedürftigen Zeichner der Reichsbahnanleihe noch als Retter des Vaterlandes betrachtet würden, so müsse man sich überlegen, was zu geschehen habe, um so etwas von vornherein zu vermeiden. Von einer ordnungsmäßigen Finanzverwaltung hänge heute in weitem Umfang das Wohl des Staates ab.

Es folgte die Beratung über den Einspruch des Reichsrats gegen eine Abänderung des Fleischbeschaugesetzes. Die Vertreter Sachsens, Bayerns, Württembergs und Hessens sprachen sich gegen den Abänderungsentwurf aus. In der Aussprache wurde vom Abg. Schlaß (3.) beantragt, der Ausschuß möge dem Einspruch des Reichsrates dahin stattgeben, daß das vom Reichstag angenommene Gesetz erst am 1. April 1933 in Kraft tritt, damit den Gemeinden Zeit zur Umstellung bleibt.

Wie bekannt wird, soll im Haushaltsausschuß des Reichstags die große Aussprache über die Finanzlage des Reiches nunmehr am Donnerstag, den 10. Dezember, stattfinden, nachdem Reichsfinanzminister Dietrich sein Erscheinen an diesem Tage zugesagt hat.

Stelle für Devisentermingeschäfte bei der Reichsbank

Berlin, 6. Dez. Die Reichsbank hat sich nunmehr entschlossen, den vielfachen Wünschen des Handels und der Industrie nach Kursicherung nachzukommen. Zu diesem Zweck wird bei der Reichsbank in Berlin eine „Stelle für Devisentermingeschäfte“ eingerichtet, deren Tätigkeit darin bestehen soll, diejenigen Interessenten zusammenzubringen, welche einerseits Devisen auf Termin zu kaufen oder andererseits zu verkaufen wünschen. Dieser Handel ist jedoch nur zwischen Handels- und Industriefirmen, also nicht unter Banken, zulässig, und soll nur der Kursicherung von zu erfüllenden Verpflichtungen oder zu erwartenden Eingängen dienen.

Gebührensenkung bei der Reichspost?

Im Reichspostministerium ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, ein Plan der Gebührensenkung aufgestellt worden, unter der Voraussetzung, daß die durch die erwartete Gehaltskürzung der Beamten eingesparten Mittel der Reichspost verbleiben. Die Gebührensenkung soll rund 120 Millionen Mark betragen und sich auf alle Gebiete erstrecken. Besonders in Aussicht genommen ist die Gebührensenkung bei den Paketen und Drucksachen, im Fernverkehr und heim Orts- und Fernverkehr und schließlich im Rundfunk.

Regierungswechsel in Mecklenburg-Strelitz. Der Mecklenburg-Strelitzer Landtag nahm einen von den Deutschnationalen eingebrachten Mißtrauensantrag gegen den Staatsminister Dr. Freiherrn von Reibnitz mit 22 gegen 13 sozialdemokratische Stimmen an. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. von Michael wurde dann auf Grund der vorliegenden Anträge zum mecklenburg-strelitzer Staatsminister ernannt.

Hitler antwortet Hugenberg

Der „Völkische Beobachter“ über „Sozialismus“

— München, 6. Dez. Der „Völkische Beobachter“ nimmt zu der Rede Dr. Hugenberg vor der Deutschnationalen Parteivertretung Stellung. Das Blatt Hitlers führt u. a. aus: Wir greifen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Ausführungen Hugenberg, der sich u. a. auch mit dem Begriff „Sozialismus“ auseinandersetzt, weniger den Nationalsozialisten galten, als vielmehr an seine eigene Gefolgschaft gerichtet waren. Unsere Weltanschauung bedarf keiner Rechtfertigung, da sie kein Ergebnis spekulativer Ueberzeugung ist, sondern elementaren Charakter trägt. Der Appell an den „bürgerlichen Mut“ dürfte ungefähr in der gleichen Linie liegen, wie die Forderung nach einer „Verbürgerlichung der NSDAP.“, die allen Ernstes von der ewig bürgerlichen Seite her schon erhoben worden ist. Solche Wünsche sind noch harmlos. Wenn aber immer wieder in mehr oder minder versteckter Form unser deutscher Sozialismus als neugelegelter Marxismus verunglimpft wird, so muß — da böser Wille nicht unterstellt werden soll — Unkenntnis angenommen werden. Im kommenden Staat wird der schrankenlosen Willkür der Berufsstände im Kampfe untereinander die eiserne Faust entgegengesetzt werden. Wenn das Wohl des Ganzen auf dem Spiele steht, dann müssen sich beide Teile bescheiden, die Arbeitgeber genau so wie die Arbeitnehmer. Das ist unser Sozialismus. Für Experimente der einen Interessenssphäre zuungunsten der anderen sind wir nicht zu haben. Mag das Marxismus nennen, wer will. Auch dieser Rinderschreck wird bald vergessen sein.

In einer Massenversammlung der Berliner Nationalsozialisten führte letzte Woche Reichstagsabgeordneter Stöhr aus: Vor, in und nach Harzburg ist nichts anderes vereinbart worden, als daß man gemeinsam die nächste beste Gelegenheit benutzen wolle, um Brüning zu stürzen und Neuwahlen zum Reichstag zu erzwingen. Daneben hat es keinerlei Abmachungen geheimer Art gegeben. Wenn die anderen Teilnehmer genau so fest wie die Nationalsozialisten an dem Voratz festhalten, diese Vereinbarungen einzuhalten, so ist niemand da, der imstande wäre, die Harzburger Front, an der wir festhalten, zu zerlegen. Die NSDAP. ist nicht gewillt, von ihrem Programm auch nur ein Jota abzulassen. Die Sozialversicherung ist ein nationales Aktium allerersten Ranges. Die NSDAP. ist auch nicht bereit, das Tarifrecht irgendwie anzutasten. Wir sind legal bis zum Siege und sind auch nach dem Siege legal, weil wir dann unsere eigenen legalen Gesetze machen werden.

Kleine politische Nachrichten

Hilfsbedürftigenfürsorge in Berlin. Die Verbände der Fleischwarenindustrie, der Berliner Kaufleute und der Milchhändler haben beschlossen, als Winterhilfe an Hilfsbedürftige vier gangbare Wurstsorten zu einem um 22 Pf. je Pfund ermäßigten Preis abzugeben. Die Berliner Wohlfahrts- und die Arbeitsämter werden an die Hauptunterstützungsempfänger Wurstverbilligungskarten ausgeben, die zum Bezug verbilligter Wurstwaren berechtigen.

Hausdurchsuchung bei der NSDAP. in Dessau. In Dessau haben, wie die Polizeiverwaltung mitteilt, bei der Hausdurchsuchung der NSDAP. verschiedene Hausdurchsuchungen stattgefunden, die belastendes Material, insbesondere auch Waffen, zutage gefördert haben.

Landtagsauflösung in Thüringen abgelehnt. Im Thüringer Landtag wurde die Auflösung des Landesparlamentes abgelehnt, da sich nur 10 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen für die Auflösung fanden. Nach der Verfassung wären mindestens 27 Stimmen erforderlich gewesen.

Uniformverbot in Bremen. Der Senat hat durch Beschluß ein Uniformverbot erlassen, und zwar wird „auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen bis auf weiteres für das bremische Staatsgebiet für alle politischen Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung und Abzeichen für die Zeit von 17 bis 7 Uhr verboten.“

Hindenburg an einen evangelischen Kirchenführer in Ungarn. Reichspräsident von Hindenburg hat dem Landesoberinspektor der evangelischen Kirche in Ungarn, Dr. Baron Albert Radvanszki, sein mit Unterschrift versehenes Bildnis gewidmet. Das führende Mitglied der deutschen evangelischen Kirche, Dr. Hermann Kappeler, richtete aus diesem Anlaß an Radvanszki ein Schreiben. Es ist dies eine Anerkennung für die Worte, die Radvanszki anlässlich der Enthüllung des Helden Denkmals für die Betonung der konfessionellen und der Schicksalsbände zwischen Ungarn und dem deutschen Volke fand.

Polizeiaktion gegen die K. P. D. in Recklinghausen

Recklinghausen, 6. Dez. Am Freitagabend hat, wie das Polizeipräsidium mitteilt, die Recklinghausener politische Polizei eine große Aktion gegen die K.P.D. unternommen. Polizeibeamte drangen überraschend in den Saal einer Wirtschaft ein, wo die Unterbezirksleitung der K.P.D. Recklinghausen einen Schulungskursus abhielt. Es wurde eine große Menge verdächtiger Dinge beschlagnahmt. 51 Personen wurden ins Polizeipräsidium überführt. Sie werden sich wegen Geheimbündelei und Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten haben.

Erdstoß in Apulien

U. Rom, 6. Dez. In Canossa in der Provinz Apulien erfolgte vergangene Woche ein starker Erdstoß. Die Bevölkerung verließ von Schrecken ergriffen in wilder Flucht die Wohnungen und eilte ins Freie, nachdem bereits am Mittwoch ein leichteres Erdbeben in der Ortschaft wahrgenommen wurde. Außer einigen Rissen an den Mauern alter Gebäude sind bisher keine Schäden gemeldet worden.

Amtl. Bekanntmachungen

Stadtgemeinde Calw.

Nachschau eingeführten Fleisches in Calw

Es wird darauf hingewiesen, daß jedes in die Stadt Calw eingeführte Stück Fleisch, das für den Verkauf bestimmt ist oder aus dem Würste hergestellt werden sollen, die für den Verkauf bestimmt sind, zur Nachschau durch den Calwer Fleischbeschauer in das Schlachthaus Calw zu verbringen ist, auch wenn es schon vom Fleischbeschauer des Schlachthaus untersucht worden war. Bei der Einfuhr geschlachteten Groß- oder Kleinviehs ist Lunge und Leber mitzubringen.

Calw, den 5. Dezember 1931.

Bürgermeisteramt: Gähner.

Frauenarbeitschule Calw.

Anmeldung und Aufnahme für den

neuen Kurs

7. Januar bis 24. März 1932

am Freitag, den 11. Dez., nach u. 4 Uhr, in der Frauenarbeitschule (Zollamt).

Nach diesen Anmeldungen müssen die Fachklassen eingeteilt und der Bedarf an Lehrerinnen festgestellt werden, deshalb ist mündliche oder schriftliche Anmeldung zu obigem Termin dringend notwendig. Schülerinnen, welche die Schule schon besucht haben, bringen ihr Zeugnis mit. Auswärtige die Fahrkartenausweise zum Absteigen mit. Nachmittagskurse können in allen Fächern belegt werden.

Der Abendkurs für Wäsche- und Kleidernähen beginnt am 12. Jan. Anmeldung ebenfalls bis zum 11. Dez.

Die Schulleitung:

Lisa Fechter.

Stadtgemeinde Nagold.



Krämer-, Vieh-, Schweine- und Frucht-Markt

statt, wozu eingeladen wird.

Der Fruchtmarkt am Samstag, den 12. Dezember

ds. Jrs., fällt aus.

Nagold, den 5. Dezember 1931.

Bürgermeisteramt.



Aber keine neue Inflation!
Doch Ihr verschlimmert die Lage durch unnötige Abhebungen der Spargelder. **Grad jetzt müßt Ihr weitersparen!**
Oberamts Sparkasse Calw

Aufenthaltsraum für arbeitslose junge Männer

im Vereinshaus Andreizimmer

geöffnet Montag bis Freitag

Vormittags 9-12 Uhr

Nachmittags 2-6 Uhr

Beginn: Montag, 7. Dezember. Bücher, Zeitschriften, Spiele liegen auf.

Jeder junge arbeitslose Mann ist willkommen.

Verkauf von Handarbeit.

Wie schon mehrmals, findet sich auch beim nächsten Krämermarkt in Calw, am 9. Dezember, die wirrt. Heimathilfe mit einem Stand ein, auf dem Erzeugnisse ihrer in über 50 Gemeinden des Landes eingerichteten Heimarbeitstellen für notleidende, ältere Frauen angeboten werden. Die aus bestem Material sorgfältig ausgeführten handgearbeiteten Häkel- und Strickwaren sind preiswert, dauerhaft und praktisch, so daß jedem Käufer Gelegenheit geboten ist, einem für die Altersvorsorge dringend notwendigen und bei der jetzigen Wirtschaftslage nur mit Mühe aufrecht zu erhaltenden Hilfswerk Unterstützung zu gewähren, ohne selbst Einbuße zu erleiden.

Großer Pelzwaren-Verkauf

Einen großen Posten Pelzwaren: Moderne Füchse, Skunkse usw. Kragen Halswürger Bubikragen verkaufe ich am nächsten Mittwoch (Markt) zu weit herabgesetzten Preisen
Fritz Buob, Badstraße



Spielwarenhaus Stüber,

Biergasse empfiehlt zu billigsten Weihnachtspreisen:

- Wiegenpferde
- Rindertische
- Rinderbänke
- Rinder-Klappstühle
- Holländer
- Bubiräder
- Davoser Schlitten
- Puppenwagen
- Körperzimmer
- Rüchse
- Kaufladen
- Burgen
- Grille
- Hühnerhöfe

neu eingetroffen:

- Puppenzimmer
- Garnituren

von 50 Pfg. an

Märklin

- Baukasten
- Eisenbahnen
- Dampfmaschinen

Sonntags geöffnet!

Ski mit Bindungen

und Stöcken in allen Größen empfiehlt

Karl Rehm, Wagnerrei Inselfasse



Badartikel

halten wir für unsere Mitglieder in feinsten preiswerter Qualität vorrätig

Blütenmehl Auszug 00 5 Pfd. 1.30

Weißmehl Spez. 0 5 Pfd. 1.20

Kunsthonig Pfd. 42 ♂
Eitronat 1/2 Pfd. 28 ♂
Orangeat 1/2 Pfd. 25 ♂
Mandeln 1/2 Pfd. 30 ♂
Hafelnüsse 1/2 Pfd. 28 ♂

Pflaumen Pfd. 30 und 40 ♂
Sultaninen Pfd. ab 50 ♂
Margarine Pfd. ab 45 ♂
Kokosfett GGG. Spigenmarke Pfd. 33 ♂

Konsumverein

Neuen blauen Anzug hat im Auftrag billig zu verkaufen

Schneidermeister Scheginger

Wegen Wegzugs vermiete ich Leberstr. 37 in Calw eine schöne, geräumige, neu-gerichtete

3-Zimmer-Wohnung mit Zubehör. Frau Brich wird dieselbe vorzeigen.

Angebote sind zu richten an Bertha Reichherr Ww. Bad Liebenzell, Hindenburgstraße.

Posten Strickwaren

Von der hiesigen Strickwarenfabrik kommt, wie alljährlich, ein teilweise mit kleinen Fehlern, zu weit herabgesetzten Preisen, teilweise erheblich unter dem bisherigen Fabrikpreis, ab Montag, den 7. Dezember 1931, zum Verkauf. Die Benützung dieser vorteilhaften Gelegenheit, gute und beste Strickwaren zu ungewöhnlich billigen Preisen zu erwerben, ist jedermann zu empfehlen.

- Es kommen zum Verkauf bei:
- Firma Friedrich Daur
 - Firma Geschw. Kleemann
 - Firma Carl Reichert
 - Firma Heinrich Rühle

Herren-Westen, Herren-Pullover, Herren-Sweater, Herren-Bestover, Sportstrümpfe, Damen-Westen, Damen-Pullover, Damen-Bestover, Kinder-Westen, Kinder-Pullover, Mützen u. Shawls

Der Verkauf erfolgt nur gegen bar, ein Umtausch findet nicht statt.

Backartikel

in ausgesucht guter Qualität und Preiswürdigkeit bei
K. Otto Vinçon, Telefon 171

Zu Weihnachten

empfehle:

- Gesangbücher
- Gebet- und Predigt-Bücher
- Neukirchner Abreiß-Kalender
- Losungsbüchlein
- Jugendchriften
- Bilderbücher
- Spiele, Krippen
- Einkloß- und Schreibalbum
- Koch- u. Kochrezept-Bücher
- feine Briefpapiere
- Füllfederhalter

C. Bub

Buchbinderei und Schreibwaren Salzgasse

Gehängen. Verkauf od. Tausch

Sehe meinen

Fuchswallach

samt Weggewagen dem Verkauf aus.

Tausche auch geg. eine junge gutgewöhnte Kuh.

Th. Schmoht



Borzugs-Angebot

an unsere Mitglieder in

Rotwein

1930er Blühelmer 1 Liter 55 Pfg.

offen sowie noch viele Sorten besapfelte

Weiß- und Rotweine

Malaga

Adria-Clut usw. Warenabgabe nur an Mitglieder

Konsumverein

Brennessel- und Birkenhaarwasser für Haare und Haarboden

Flasche Mk. 1.50 bei K. Otto Vinçon, Calw

Gebrauchte guterhaltene

Nähmaschinen

billig bei

Fr. Herzog, Inh. L. Rathgeber

Maschinenhandlung und Reparaturwerkstätte.

Gedenkt der armen Veteranen Kriegerwitwen und Kriegerwaisen und bereitet ihnen in der heutigen Notzeit eine kleine Weihnachtsfreude

Geldspenden, auch die kleinsten, sowie Naturalien jeglicher Art nehmen dankbar entgegen

Delan a. D. Zeller
Bezirksobmann Rühle
Stadtpfarrer Leßkus.

HANS HAHN

UHRMACHER / OPTIKER
BADSTRASSE 5

Empfehle zu Weihnachten

Moderne Armbanduhren / Tisch- und Zimmeruhren / kl. Wecker

Küchenuhren / Moderne Schmuckwaren / Silberne Bestecke in vielen Mustern am Lager zu zeitgemäßen Preisen

Niederlage der Zentra-Uhren

Nur im Friseursalon wird man Dir sagen, welche Frisur Du sollst tragen.

Konkurs-Ausverkauf

Im Konkurs der Firma **Paul Ränckle in Calw** wird das

gesamte Warenlager **Nachlaß von 20% ausverkauft**

mit einem Konkursverwalter: Bezirksnotar Geathwohl.